

Meine Stellung zu den vaterländischen Tagesfragen

Autor(en): **Schmid, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **1 (1911)**

Heft 21

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-635270>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

wölle hälfe finge, aber der Vogt soll gfiit ha: „Der Mischler het mi allei use zoge, drumm sell er jek das Gfämpi au einzi häregää.“ Bim Abftiig het si der Landvogt no iinit de glihe zwie Gwaltzarne anvertruut; aber wa-n-er ne bi-n-era Bülihi ¹⁾ het halb ahi gla ghäbe, het er dä Buuch

¹⁾ Gleichsam „bei einer Beilichkeit“: ungefähr.

expräß achli la ad Flue anplampe. Ittem, as ist denn nüt deus erfolget.“

„Aer wird ömel ase si Bileta Donnere ha la fahre,“ meinte der Vater.

Dann verlangte die Mutter von ihrem Bruder, er sollte nachfolgend etwas von „Ernst“ erzählen, damit nicht der beste Vogt übersprungen werde. (Fortsetzung folgt.)

Meine Stellung zu den vaterländischen Tagesfragen.

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts in unserem Vaterlande bedeutet in der Hauptsache die Erkämpfung, Einführung und weitere Entwicklung der Volksrechte im Bund und Kanton. Wahl- und Stimmrecht, Referendum und Initiative befruchten das politische Leben, das so aus den Kantälen in die breiten Schichten des Volkes getragen wurde. Die politischen Meinungsverschiedenheiten in den Kantälen fanden bald ein Echo im Volke selbst. Es bildeten sich zahlreiche politische Parteien, schweizerische und kantonale mit eigenen Arbeitsprogrammen, so die katholisch Konservativen, das Zentrum (ältere liberale Richtung), die Radikalen und die Sozialdemokraten. In den letzten Jahren traten neben den politischen auch die sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Räten und breiten politischen Massen in den Vordergrund. Schon vor mehr als 15 Jahren zog der sozialpolitische Frühling in die Bundesversammlung ein: der bedeutende Politiker und Publizist Theodor Curti, heute in hochangesehener Stellung als Direktor der demokratischen „Frankfurter Zeitung“, gründete die sogenannte „Sozialpolitische Gruppe“, in der sich die ostschweizerischen Demokraten und die Vertreter der Sozialdemokratie zusammenfinden. Von links und rechts lassen sich Stimmen vernehmen, die sagen: die alten Parteien haben abgewirtschaftet, neue wirtschaftliche Gruppierungen werden die alten parteipolitischen Verbände auflösen. Und in der Tat sind in den letzten 20 Jahren die wirtschaftlichen drei Hauptorganisationen: der Gewerbeverband, der Bauernbund und die Gewerkschaften der Arbeiter in unerwarteter Weise gewachsen und zu indirektem politischem Ein-

fluß gelangt. Diese Wirtschaftsverbände haben aber die bisherigen Parteisysteme nicht verändert. Wir stehen parteipolitisch noch fast vor derselben Gruppierung wie vor 20 Jahren.

Dagegen treten in aller Parteipolitik die beiden Richtungen, die volkswirtschaftliche und die volksherrschaftliche immer deutlicher hervor, die Volksherrschaft, deren geschichtliche Bewegung sich in unserem Kanton in den Jahren 1831 und 1846 mit goldenen Buchstaben einschrieb. Schon die 46er Verfassung schuf für das Referendum freie Bahn. Auf den Antrag Jakob Stämpfli von Janzenhausen

bei Wengi im Seeland wurde diese Bestimmung aufgenommen. Herr Nationalrat Dr. Albert Gobat sucht zwar in seinem Beitrage: „Bundespräsident Jakob Stämpfli“ zu den nationalen Charakterbildern: „Schweizer eigener Kraft“ nachzuweisen, daß Stämpfli kein begeisterter Anhänger der Volksrechte und ein Gegner des Referendums gewesen sei. Nun stimmte allerdings Stämpfli s. Z. gegen das Veto, das aber nur das fakultative Referendum bedeutet. Aber im Verfassungsrate änderte dann Stämpfli seine Ansicht über das Veto und es ist hauptsächlich sein Verdienst, wenn dann das Berner Volk im Jahr 1869 das obligatorische Referendum bekam, sodaß es seither über alle gesetzgeberische Erlasse des Großen Rates abstimmen konnte. Dieses wichtige Gesetz für das Volk trägt auch die Unterschrift Stämpflis als Großratspräsident. Das Seeland hat den Ruhm, mit diesem Manne, dem Bauernsohn von Janzenhausen, dem Kanton Bern und der Eidgenossenschaft den bedeutendsten Staatsmann der neuern Zeit gegeben zu haben. Endlich brachte die Verfassungsrevision



Allee beim Schosshaldenfriedhof. — Die Allee an der Ostermundigenstraße zeichnet sich von den andern Baumalleen der Stadt Bern im besondern dadurch aus, daß sie nicht aus verschiedenen Holzarten gemischt ist, wie jene, sondern nur aus Eichen besteht. — Die alten Alleen um Bern verdanken ihre Anpflanzung der Ablicht, Vorräte an Holz für Laffeten und Militärfuhrwerke zu schaffen. Das Eichenholz eignet sich bekanntlich sehr gut für manche Wagnerarbeiten. Der Verschönerungsverein der Stadt Bern, dem wir obige Illustration verdanken, hat seit Jahren auch ein besonderes Augenmerk auf die Erhaltung schöner Bäume und Baumgruppen verwendet und wiederholt nicht unterlassen, Behörden und Private daran zu erinnern, eine der schönsten Zierden unierer Stadt zu hegen und zu pflegen. Schr.

von 1893 noch das Initiativ-Referendum, womit dem Volke die Klinke des Gesetzgebungsrechtes in die Hand gedrückt wurde.

Seit den Jahren 1874 und 1891 sind wir auch im Bunde auf den demokratischen Boden getreten, wenn auch nicht in sehr ausgedehnter Weise. Die nächste Revision der Bundesverfassung wird uns das obligatorische Referendum bringen; denn die fakultative Volksanfrage ist verwerflich, weil sie stets mit großer Agitation verbunden ist. Auch mit der Einführung der Gesetzesinitiative erzielen wir auf bundesstaatlichem Boden einen bedeutenden demokratischen Fortschritt und erhalten damit zugleich eine notwendige Ergänzung des Referendums. Dagegen scheint mir die Volkswahl des Bundesrates, die ich übrigens lebhaft befürworte, noch in weite Ferne gerückt zu sein. Jedenfalls wird die Volkswahl der obersten Landesbehörde nach der Einführung des obligatorischen Referendums für Bundesgesetze und -Beschlüsse kommen.

Wir geben zu, daß die Demokratie, d. h. die unmittelbare Volksgesetzgebung, ihre Mängel und Schwächen hat, und wenn wir sie alle vermeiden wollten, so müßten wir aufhören, Menschen zu sein und Engel werden. Unfehlbar sind die Räte eben nicht, und auch das Volk ist nicht unfehlbar. Aber gerade in diesem Punkte haben wir volles Vertrauen zu ihm. Man soll nicht glauben, die Gesetzgeber allein besitzen die Weisheit und es gäbe außerhalb unseres nationalen Parlamentes nicht ebenso, ja vielleicht noch geschiedtere Leute, denen ein glücklicher Gedanke kommen kann und der vielleicht sogar gegen den Willen unserer Räte Gesetz wird. Das ist der demokratische Standpunkt, auf den ich mich stelle.

Aber heute will ja alles demokratisch sein, höre ich sagen. Das ist nun einmal Mode in der Politik. Die Konservativen bis zu den Sozialdemokraten nennen sich demokratisch. Für mich dagegen wirkt es einfach erhebend, daß jeder Bürger in der kleinsten, abgelegensten Ortschaft das Bewußtsein haben kann, nicht allein zu stehen, wenn er die von den Räten gutgeheißenen Gesetzesvorlagen überdenkt oder in seinen Kreisen bespricht; daß er weiß, in hundertern von andern Gemeinden des Kantons, des schweizerischen Vaterlandes, ringen Gleichdenkende mit den gleichen Problemen; daß er fühlt, seine Arbeit, so bescheiden sie sein mag, geht nicht verloren, sie strebt einem Brennpunkte zu, in dem sie Verwirklichung sucht und früher oder später auch findet. Was wahrhaft zeitgemäß ist, vermag indes der Einzelne kaum zu erkennen. Das empfindet am sichersten das ganze Volk. Darum will ich dieses die politische Arbeit mittun lassen. Darum bin ich Demokrat.

Nun wird die Volksherrschaft dort die besten Ergebnisse zeigen, wo die Volksmasse geistig und moralisch am tüchtigsten ist und wirtschaftlich das menschenwürdigste Dasein führt. Darum hat man in einer Demokratie vor allem für die Aufklärung zu sorgen, das Unterrichtswesen zu pflegen und durch ihre eigene Tätigkeit (allgemeine bürgerliche Fortbildungsschule, Presse, Versammlungen, Diskussionen in Klublokalen) das Verständnis und das Pflichtgefühl für die öffentlichen Angelegenheiten zu wecken.

Sie muß aber auch den wirtschaftlichen Fragen ihr Interesse zuwenden, so schwer es sein mag, auf diesem Gebiete die Gegensätze zu überwinden. Jede politische Tätigkeit soll darauf hinzielen, die Kräfte zu stärken und zu steigern, die den Staat vorwärts zu treiben vermögen, und die Kräfte zu erhalten und zu schützen, die den Bestand des Staates zu befestigen geeignet sind. Diese unsern Staat fördernde, erweiternde Kraft liegt heutzutage in der industriellen Entwicklung. Deren Träger sind Unternehmer und Arbeiter

in gleicher Weise. Dazu kommt die Bauernschaft, die den Industrieorten die gesunde und erhaltende Kraft zuführt und zum guten Teil auch die noch lebenskräftige Handwerkererschaft. Diese Gruppen bedeuten viel für die Erhaltung und Festigung des Staatsbestandes, für seine innere fundamentale Kraft. Bauern, Unternehmer und Arbeiter. Diese Wirtschaftsgruppen sind für den Bestand und die Entwicklung des Staates nicht zu entbehren. Ihre Interessen fördern, heißt die Interessen des Staates fördern. Ihre Interessen — die Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft — gehen auch durchaus nicht auseinander. Selbst in der großzügigen Politik, an der Erschließung neuer Erwerbsgebiete, ist der Bauer direkt interessiert. Jede Politik, die auf der gezeichneten Linie sich bewegt, die die Industrie fördert, die die Landwirtschaft erhält und kräftigt, wird darum als eine fortschrittliche Politik zu unterstützen sein. Dieses richtig zu erkennen, braucht es nicht immer Parteibrillen.

Es ist also gegeben, daß ein politisches Arbeitsprogramm vorwiegend volkswirtschaftliche Postulate enthält. Die Fülle der Fragen, die man von diesem Standpunkte aus beurteilen muß, ist so groß, daß ich nur einzelne Gebiete herausgreife.

Unser politisches Arbeitsprogramm gibt einen hervorragenden Platz dem Erziehungsweisen, nicht nur der eigentlichen Volksschule, sondern der allgemeinen bürgerlichen Fortbildungsschule, den Bildungsbestrebungen in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe. Wir billigen natürlich alle Maßregeln, die auf eine wirtschaftliche Hebung des Bauernstandes abzielen und auch mit den wohlverstandenen Interessen einer billig denkenden städtischen und Industriebevölkerung zusammenfallen. Wir wollen ferner dem noch lebenskräftigen Handwerk und Kleinhandel durch Förderung ihres Kredites, ihrer berufsmäßigen Ausbildung (gewerbliche und kaufmännische Schulen), ihres genossenschaftlichen Zusammenchlusses Kräfte geben. Wir wollen den verschiedenen Industriezweigen, auf denen immer mehr mit der Landwirtschaft die volkswirtschaftliche Macht unseres engern und weitem Vaterlandes beruht, die nötige und erhöhte Aufmerksamkeit schenken. An dem Gedeihen der Industrie und Landwirtschaft hängt zugleich das Wohl des Arbeiterstandes ab. Wir wollen für ihn Ausbau der Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze (Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes und die Kranken- und Unfallversicherung) und die Organisation der Volksversicherung. Unsere ganze Gesetzgebungsmaschine verlangt mehr soziales Del. Daran reiht sich die Hebung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen durch bessere Rechtspflege (eidg. Zivilgesetz), Ausbildung der Verkehrsmittel, Nugharmachung der Wasserkräfte, Regelung des Arbeitsmarktes, auch für die Landwirtschaft, Fürsorge für die öffentliche Gesundheit. Das und noch anderes Verwandtes mehr, soll in den Kreis unserer sozialpolitischen Erörterungen gezogen werden. Aber es soll nicht in einem nörgelnden Geist geschehen, der sich bei Erörterung allgemein schweizerischer Fragen bemerkbar macht. Wir finden es für besser, den gewaltigen Bau eines eidgenössischen Werkes jeweilen als Ganzes zu würdigen, an das Große nicht einen kleinen Maßstab anzulegen.

Für dieses Ziel muß gearbeitet und geopfert werden um des ganzen Vaterlandes willen. An dieses Ziel setzen alle Gutgesinnten ihre Kräfte. Wir können auch nicht versprechen, daß von heute auf morgen eine neue Politik in unsere Alpenrepublik kommen könne, aber wir haben wenigstens eine bestimmte Vorstellung von dem Weg, der vorwärts führt. Das fehlt vielen, die politisch nicht arbeiten mögen: sie kommen von alten abgelebten Gedanken nicht los. Aber ich glaube an eine große, politische Zukunft!

Hans Schmid.

